



LANDTAGSPOST

HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

15.10.
LANDTAGS-
WAHL!

Ausgabe September 2017

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser!

Bitte gehen Sie wählen! Das ist wirklich meine größte Bitte an Sie. Morgen entscheiden Sie über die zukünftige Bundesregierung. Diese Wahl ist natürlich von besonderer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands. Diese Wahl ist aber auch eine wichtige Grundlage für die Landtagswahl in Niedersachsen in 3 Wochen.

Die letzte Landtagswahl im Januar 2013 hat uns deutlich gezeigt, dass der bekannte Spruch „es kommt auf jede Stimme an“ nicht einfach nur daher gesagt ist, sondern das wenige hundert Stimmen zum Verlust einer Regierung führen können. Bitte machen Sie das auch in Ihrem Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis jeden Tag bis zur Wahl deutlich.

**Am 15. Oktober muss es heißen:
Beide Stimmen für die CDU!**

Ihr

Kai Seefried



Letzte Sitzung des Landtages vor der Wahl

Hannover. Der Niedersächsische Landtag kam in dieser Woche zur letzten Sitzung der 17. Wahlperiode zusammen. Nach 139 Sitzungstagen im Plenum des Landtages endet damit frühzeitig die Wahlperiode durch den Zusammenbruch der rot-grünen Landesregierung. Am 15. Oktober haben die Niedersachsen jetzt die Wahl über die neuen Landtagsmehrheiten. Die erste Sitzung des neugewählten Parlamentes der 18. Wahlperiode wird voraussichtlich am 14. November 2017 stattfinden.

Mit dem letzten Sitzungstag gab es gleich mehrfach Grund zum Abschied. Insgesamt amtierende 40 Abgeordnete des Landtages kandidieren nicht erneut und haben sich verabschiedet. Die langjährig zusammenarbeitende Gruppe der Elbe-Weser Abgeordneten werden die Kollegen Astrid Vockert, Mechthild Ross-Luttmann und Heiner Ehlen zukünftig in ihren Reihen vermissen. Alle drei gehörten dem Landtag lange an und haben sich in herausgehobenen Positionen als Sozialministerin, Landwirtschaftsminister und als Landtagsvizepräsidentin besondere Verdienste erworben.

Der Landtag verabschiedete sich mit diesem Plenarabschnitt aber auch von seinem Übergangsquartier im provisorischen Plenarsaal. Nach gut 3 Jahren Bauzeit wird der renovierte und grundlegend umgebaute Plenarsaal pünktlich zur neuen Wahlperiode in Betrieb gehen. Am 27. Oktober findet in einer Festsitzung mit den derzeit noch amtierenden und auch mit den neu gewählten Abgeordneten die feierliche Einweihung statt.

Dammann-Tamke: Deichsicherheit und Bestandsschutz sind kein Widerspruch: CDU sichert Existenz der Deichhufendörfer im Alten Land

Hannover. Mit Unterstützung aller Fraktionen hat die CDU die Landesregierung aufgefordert, den historischen Deichhufendörfern im Alten Land trotz notwendiger Verbesserungen der Deichsicherheit zügig Bestandsschutz zuzusichern. „Nach geltender Rechtslage muss eine 50-Meter-Zone zur Deichgrenze zwingend frei von Bebauung sein. Aufgrund dieser Vorgabe könnten die Aufsichtsbehörden von jedem Hauseigentümer an Este und Lühe verlangen, sein Haus abzureißen. Dem haben wir heute gemeinsam einen Riegel vorgeschoben“, sagt der zuständige Wahlkreisabgeordnete der CDU-Landtagsfraktion, Helmut Dammann-Tamke. „Damit bekennt sich Niedersachsen klar zu seinem einzigartigen Kulturgut.“



Notwendig geworden war der Beschluss, weil das Umweltministerium die Bewohner der Deichhufendörfer trotz anderslautender Versprechen bis zuletzt im Unklaren darüber gelassen hatte, ob es eine Zukunft für ihre Heimat gibt. „Jahrzehntelang hat sich niemand für die Einhaltung der 50-Meter-Zone interessiert. Plötzlich bestand das Umweltministerium auf der Feststellung, dass eine Bebauung innerhalb dieser Zone unzulässig sei. Doch statt die Aufsichtsbehörden anzuweisen, Ausnahmegenehmigungen zu erteilen, wurden die Bürger immer wieder vertröstet und mit ihren berechtigten Sorgen im Stich gelassen“, so Dammann-Tamke. Das Umweltministerium müsse den mittlerweile vorgelegten Erlass nun endlich in Kraft setzen.

Oesterhelweg: 36 Wolfsübergriffe allein im Landkreis Cuxhaven – so sieht grüner Tierschutz aus

Hannover. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Frank Oesterhelweg, hat Umweltminister Wenzel vorgeworfen, die Ausweitung des Wolfsbestands in Niedersachsen über den allgemeinen Tierschutz zu stellen. „Allein im Landkreis Cuxhaven hat es in diesem Jahr bislang 36 Wolfsübergriffe gegeben. Die Tierhalter sind zu Recht wütend. Die Schilderungen von den Weiden im ganzen Land klingen wie wahrgewordene Schauer märchen. Die schwer verletzten Tiere müssen oft stundenlange Qualen erleiden, bis sie endlich von einem Wolfsberater erlöst werden dürfen. So sieht offenbar die grüne Vorstellung von Tierschutz aus“, sagte Oesterhelweg im Rahmen der heutigen Aktuellen Stunde. „Inzwischen ist der Wolf von einem Symbol für den niedersächsischen Naturschutz zum Sinnbild für das klägliche Versagen des grünen Umweltministers geworden.“



Es sei naiv zu glauben, so Oesterhelweg weiter, ein Raubtier könne problemlos in einer dichtbesiedelten Kulturlandschaft angesiedelt werden – ohne jegliche Form der Regulierung. „Es sind die Tierhalter, die den Preis für diese Blauäugigkeit des Umweltministers zahlen müssen. Sie sehen sich gezwungen, ihre Tiere frühzeitig aufzustellen – vielfach mit finanziellen Konsequenzen für die Vermarktung ihrer Produkte“, kritisierte der CDU-Fraktionsvize. „Wenn der Wolf in Niedersachsen eine Zukunft haben soll – und das soll er – muss er endlich als das wahrgenommen werden, was er ist: ein Raubtier, dessen Bestand zwar gepflegt, aber mit Rücksicht auf das sensible Gleichgewicht der niedersächsischen Tierwelt auch sinnvoll reguliert werden muss. Sonst wird es Nutztierhaltung in Niedersachsen künftig nur noch im Stall oder hinter hohen Zäunen geben.“

Angekündigte GEW-Klagen: Verhältnis zwischen Kultusministerin und Niedersachsens Lehrern offenbar völlig zerrüttet



Hannover. Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, wirft Kultusministerin Heiligenstadt vor, Niedersachsens Grundschulen in den vergangenen viereinhalb Jahren sträflich vernachlässigt zu haben. „Der Lehrermangel trifft die Grundschulen besonders schwer. Mehr als 150 zum Teil seit Jahren offene Schulleiterstellen, vor allem in ländlichen Gebieten und in den sozialen Brennpunkten, zeigen deutlich: hier muss endlich etwas passieren“, so Seefried. Die heute von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) angekündigten Klagen gegen die hohe Arbeitsbelastung von Grundschullehrern seien ein weiterer Beleg für das inzwischen offenbar völlig zerrüttete Verhältnis zwischen

Niedersachsens Lehrern und ihrer obersten Dienstherrin. Seefried: „Erst der Streit mit den Gymnasiallehrern, der schließlich dem Oberverwaltungsgericht gelandet ist, jetzt der Ärger mit den Grundschullehrern – Heiligenstadt dürfte inzwischen eine der unbeliebtesten Vorgesetzten in ganz Niedersachsen sein. Dass sich mit der GEW jetzt auch noch eine der SPD gewöhnlich eher wohlgesonnene Gewerkschaft gegen die Kultusministerin wendet, ist bezeichnend.“

Um Schulleiterstellen speziell an kleineren Grundschulen attraktiver zu gestalten, hat die CDU bereits 2014 in einem umfassenden Antrag eine bessere Besoldung von Grundschulleitern, eine schrittweise Absenkung ihrer Unterrichtsverpflichtung auf 50 Prozent sowie eine bessere personelle Ausstattung der Grundschulen durch mehr Verwaltungsunterstützung und Schulsozialarbeiter gefordert. Der Antrag wurde jedoch mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt. Im Hinblick auf die Lehrerarbeitszeit kündigt Seefried an: „Wir werden in Abstimmung mit den Bildungsverbänden und Gewerkschaften die Lehrerarbeitszeit erheben, um Klarheit über die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden unserer Lehrkräfte zu erhalten. Die bereits vorhandenen Studien und Erhebungen bilden hierfür eine wichtige Grundlage und sollen berücksichtigt werden.“

Mit folgenden Maßnahmen will die CDU-Fraktion die Personalsituation an Niedersachsens Grundschulen spürbar verbessern:

- Wer eine Stelle an einer einzügigen Grundschule im ländlichen Raum annimmt, soll für die ersten fünf Jahre eine Prämie in Höhe von 250 Euro als monatlichen Zuschlag zur regulären Besoldung erhalten. Gleiches soll für sogenannte Brennpunktschulen in größeren Städten gelten.
- Der Personalansatz für Brennpunktschulen mit einem hohen Anteil von Schülerinnen und Schülern ohne hinreichende deutsche Sprachkenntnisse oder mit einem schwierigen sozialen Umfeld soll insbesondere im Bereich des pädagogischen Personals deutlich erhöht werden.
- Keine Schulleitung soll künftig mehr als 15 Unterrichtsstunden unterrichten.
- Grundschulleitungen sollen mindestens in der Besoldung A 13 eingruppiert werden. Die Stellenbesoldung für Leitung in Schulverbänden sollen auf A 14 angehoben werden.

www.cdu-stade.de





**Unser Land
nach vorne bringen.**

**Helmut Dammann-Tamke
und Kai Seefried**

DIE WAHLWOCHEN.

25.Sept. bis 15. Okt.

Für die CDU schon heute per Briefwahl stimmen.
Infos unter: www.cdu-niedersachsen.de/wahlwochen

Seefried: Ärger über „Heiligenstadt-Karussell“ an Schulen reißt nicht ab – Rot-Grün ist für Lehrer-Lücke selbst verantwortlich

Hannover. Der schulpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, kritisiert den Umgang von Kultusministerin Heiligenstadt mit ihren Bediensteten, den niedersächsischen Lehrkräften. „Vier Wochen nach Schuljahresbeginn bricht sich die Empörung über den chaotischen Schulstart weiter Bahn. Die Welle der Abordnungen von Gymnasiallehrern an Grundschulen reißt nicht ab. Auch vier Wochen nach Schuljahresbeginn gibt es an manchen Schulen noch keinen fertigen Stundenplan. Die Kultusministerin begegnet dem Chaos und Unterrichtsausfall an vielen Schulen mit Durchhalteparolen. Lehrkräfte und Schulleiter haben Angst, über ihre Situation zu sprechen. Leidtragende sind die Schüler, bei denen der Unterricht ausfällt. Das ist unerträglich“, sagt Seefried und bezieht sich auf Berichte zahlreicher Lehrkräfte und Schulleitungen sowie Angaben von Lehrerverbänden. Danach sei der Pflichtunterricht keineswegs überall gesichert, anders als es die Ministerin gern bei jeder Gelegenheit beteuere.

„Die Situation im Schuljahr 2017/18 ist keineswegs so normal, wie die Ministerin immer wieder behauptet. Die aktuelle Zahl der Abordnungen von Gymnasien an Grundschulen liegt mit 421 etwa 70-mal so hoch wie in den Vorjahren. Auch Oberschulen ordnen in erheblichem Umfang an Grundschulen ab. Manches Gymnasium muss zwei Lehrkräfte an Grundschulen abordnen, jede Oberschule rechnerisch eine Lehrkraft. Dieses ‚Heiligenstadt-Karussell‘ geht vollständig auf das Konto der Ministerin“, sagt Seefried.

Insbesondere der Verweis der Kultusministerin auf die Reform der Lehrerausbildung („GHR 300“) ärgert Seefried: „Es war die rot-grüne Regierung, die nach Regierungsübernahme entschieden hat, den Vorbereitungsdienst bei GHR 300 auf 18 Monate zu verlängern. Für die jetzige Situation, in der dieser Lehrernachwuchs fehlt, haben SPD und Grüne keine Vorsorge getroffen“, sagt Seefried. Um Informationen über jede einzelne Abordnung im laufenden Schuljahr zu erhalten, haben CDU-Abgeordnete eine Anfrage an die Landesregierung gestellt.



Thümmler: Brandbrief von SPD-Regierungschefs ist weitere Blamage für Rot-Grün – Weil setzt wirtschaftliche Entwicklung an Elbe und Weser aufs Spiel



Hannover. CDU-Fraktionschef Björn Thümmler wirft Ministerpräsident Weil nach dem Brandbrief der SPD-Bürgermeister aus Hamburg und Bremen vor, die wirtschaftliche Entwicklung an Elbe und Weser massiv zu gefährden. „Dass sich Weils Parteifreunde mittlerweile mit einem geharnischten Brief an die Öffentlichkeit wenden müssen, um auf die unabsehbaren wirtschaftlichen Folgen in der Region durch die Ausweisung weiterer Naturschutzgebiete hinzuweisen, ist ein erneuter Beleg für den Zerfall der amtierenden rot-grünen Landesregierung: Während Umweltminister Wenzel die wirtschaftliche Entwicklung abwürgt, schaut Weil nur zu. Der Ministerpräsident muss seinen

Stellvertreter schnellstmöglich zurückpfeifen, will er die Arbeitsplätze in der Region ebenso wie die norddeutsche Zusammenarbeit nicht aufs Spiel setzen. Naturschutz und Ökonomie dürfen sich nicht ausschließen.“ Angesichts des fortgeschrittenen Schutzverfahrens und der Bedeutung der Mündungstrichter für die seewärtige Hafenzufahrt dürfe Weil keine Zeit verlieren: „Die Regierenden Bürgermeister Scholz und Sieling haben wie wir eindringlich vor der Ausweisung neuer Naturschutzgebiete gewarnt. Die rot-grüne Landesregierung isoliert sich zunehmend selbst und gefährdet mit ihrem unklaren Kurs tausende Arbeitsplätze in der gesamten Elbe-Weser-Region“, so Thümmler weiter. „Der Ministerpräsident muss endlich Position beziehen. Seine Strategie, den Konflikt durch Nichtstun auszusitzen, ist gescheitert.“

Dr. Matthiesen: Vom „vorgelegten Gesetzentwurf“ zu ersten Überlegungen – Sozialministerium muss weiteres Missverständnis einräumen

Hannover. Sozialministerin Rundt spricht im Zuge mutmaßlicher Vergabe-Verstöße von einem „Missverständnis“ – ihr Haus hat in der Sitzung des Sozialausschusses ein weiteres Missverständnis eingeräumt: Nachdem drei Zeitungen (*Hannoversche Allgemeine*, 28. August; *Weser-Kurier*, 29. August; *Walsroder Zeitung* 30. August) von einem „vorgelegten Gesetzentwurf“ der Sozialministerin zur Beseitigung von Missständen in Mietswohnungen berichtet hatten, beantragte die CDU-Landtagsfraktion dazu eine Unterrichtung im Sozialausschuss. Ergebnis: Es gibt bislang keinen entsprechenden Gesetzentwurf der Sozialministerin, allenfalls erste Überlegungen.



Dazu erklärt der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Max Matthiesen: „Die Sozialministerin sollte auch in diesem Fall bei der Wahrheit bleiben. Sie sollte gegenüber der Öffentlichkeit klarstellen, dass dem Landtag ein Gesetzentwurf zur Beseitigung von Missständen in Mietswohnungen von ihrem Haus nicht vorgelegt worden ist.“ Matthiesen erinnert daran, dass die CDU-Fraktion vor längerer Zeit anlässlich miserabler Zustände in Werksarbeiter-Unterkünften ein entsprechendes Gesetz gefordert hatte, das aber von Rot-Grün abgelehnt wurde.

„Es hat schon ein gewisses Geschmäckle, wenn ausgerechnet die Ministerin zum Ende der Legislaturperiode Aktivität vortäuscht, unter deren Verantwortung ganze 15 Gesetzentwürfe durch handwerkliche Unzulänglichkeiten oder schlechte Planung nicht mehr im Landtag beraten werden können.“

Es geht auch um die Zukunft Europas



Stade. Die Wahl am kommenden Sonntag ist nicht nur entscheidend für die Zukunft Deutschlands, sondern auch für die Zukunft Europas. Am Montag waren die Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann und Enak Ferlemann, sowie der CDU-Kreisvorsitzende und CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried mit dem Europaabgeordneten Burkhard Balz zusammen in der Region unterwegs, um die Bedeutung der Wahl des Deutschen Bundestages, aber auch des nächsten Niedersächsischen Landtags, für die Zukunft Europas zu erörtern. Die Delegation war dazu zunächst zum Gespräch in der Chefredaktion des Stader Tageblatts. Burkhard Balz hat hier bereits unterstrichen, dass Angela Merkel, insbesondere für den Zusammenhalt in Europa, die entscheidende Rolle spielt. Am

Abend suchten die Abgeordneten dann den direkten Dialog im historischen Kornspeicher in Freiburg. Nach einem kurzen Impuls durch Kai Seefried zur Landtagswahl, Enak Ferlemann zur Bundestagswahl und Burkhard Balz gab es eine tolle Diskussion mit rund 70 Gästen über zentrale Zukunftsfragen Niedersachsens, der Bundesrepublik Deutschlands und Europas. Es hat sich als gutes Konzept erwiesen, im direkten Gespräch alle politischen Ebenen, sozusagen von der Kommune, über das Land bis Europa, auf dem Podium vertreten zu haben und engagiert über Themen, wie Landwirtschaft, Bildung, Infrastruktur, Flüchtlinge, innere und äußere Sicherheit, aber eben auch unsere Grundwerte von Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie diskutieren zu können.

TERMINE KAI SEEFRIED

- 25. September 11.00 Uhr**
Jahrestagung GEW mit Podiumsdiskussion in Hannover
- 25. September 17.00 Uhr**
Sitzung des Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen in Hannover
- 27. September 9.00 Uhr**
Herbsttagung des Schulleitungsverbandes in Celle
- 27. September 19.30 Uhr**
Podiumsdiskussion des Kreiselterrates in Stade in der BBS Stade
- 29. September 14.30 Uhr**
Infostand auf dem Wochenmarkt in Drochtersen
- 29. September 18.00 Uhr**
Michaelis-Empfang 2017 in Stade
- 4. Oktober 18.00 Uhr**
Townhall-Meeting mit Dr. Peter Tauber in der Seminarturnhalle in Stade
- 12. Oktober 15.00 Uhr**
Infostand Wochenstand Himmelpforten
- 15. Oktober**
Landtagswahl

TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

- 24. September 12.00 Uhr**
Erntefest in Bargstedt
- 28. September 10.00 Uhr**
Podiumsdiskussion Gymnasium Harsefeld
- 28. September 20.00 Uhr**
Veranstaltung zur Geruchsimmisionsrichtlinie in Krögers Hotel in Ohrensen
- 4. Oktober 18.00 Uhr**
Townhall-Meeting mit Dr. Peter Tauber in Stade
- 9. Oktober 19.00 Uhr**
Veranstaltung zum Deichgesetz in der Obstversuchsanstalt Esteburg
- 11. Oktober 19.00 Uhr**
Weinabend der MIT im Primus in Buxtehude
- 15. Oktober**
Landtagswahl

Die hier dargestellten Termine sind nur eine kleine Auswahl der Termine der beiden Landtagsabgeordneten.

Kai Seefried MdL



AKTUELLES TERMINE MEDIATHEK PERSÖNLICH LANDTAG KONTAKT

Ab Montag mit neuer Internetseite online

Landkreis Stade. Pünktlich zur heißen Phase des Landtagswahlkampfes ist Kai Seefried mit einer neuen Internetseite online. Unter www.kai-seefried.de können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger über die Arbeit des Landtagsabgeordneten, aktuelle Termine, Initiativen und Aktivitäten informieren. Dazu gehören natürlich auch die wichtigsten Informationen zur Landtagswahl mit dem Regierungsprogramm der CDU in Niedersachsen oder Hinweisen zur Briefwahl. Auch die ersten persönlichen Werbemittel von Kai Seefried mit Informationen zu seiner Person und den Zielen sind dabei. Neben der traditionellen Webseite ist Kai Seefried aber auch in den sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter aktiv.

Zahlen aus dem Parlament:

In der laufenden Wahlperiode gab es 43 Ordnungsrufe an die Abgeordneten.
226 Gesetzentwürfe wurden eingebracht, 152 davon verabschiedet, 17 abgelehnt, 5 zurückgezogen und einer für erledigt erklärt. 51 Entwürfe seien unerledigt geblieben

IMPRESSUM

Herausgeber:
Kai Seefried MdL
Helmut Dammann-Tamke MdL

Anschrift:
Wahlkreisbüro Stade
Am Hinterdeich 4
21680 Stade

Kontakt:
E-Mail: mail@kai-seefried.de
E-Mail: wahlkreisbuero@dammann-tamke.de
Telefon: 04141 / 7976488 oder 7976489

Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!

Weitere Infos:
www.kai-seefried.de oder www.dammann-tamke.de